

Landeshauptstadt Potsdam

Pressemitteilung Nr. 449 vom 13.07.2016

Neue Vereinbarung über die Potsdamer Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam wird neu aufgestellt. Eine entsprechende Vereinbarung über die Sozialarbeit an staatlichen Potsdamer Schulen haben am heutigen Mittwoch Jugendamtsleiter Reinhold Tölke, Fachbereichsleiterin Bildung und Sport Petra Rademacher, Kerstin Niendorf, Leiterin des Staatlichen Schulamtes, Ike Borg vom Verein §13 e.V. und Stefan Zaborowski von der Stiftung SPI unterschrieben. Damit sind die Weichen für die Umsetzung der Potsdamer Schulsozialarbeit in neuer inhaltlicher Ausrichtung sowie struktureller Konstellation gestellt und bilden einen ersten Meilenstein, um bis 2023 Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Schule der Landeshauptstadt zu verankern. Ziel ist es, an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten.

Anfang September 2015 beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit dem „Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe für die Landeshauptstadt Potsdam“ einen Neustart der Potsdamer Schulsozialarbeit. Im Ergebnis neuer Auswahlverfahren werden ab dem Schuljahr 2016/2017 statt der bisher neun nunmehr 15 Potsdamer Schulen das Jugendhilfeangebot Schulsozialarbeit erhalten. Gemäß Entscheidung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juni 2016 wird diese an fünf Grund- und drei Förderschulen vom bisherigen Träger Paragraph 13 e.V. sowie an drei Ober-, drei Gesamtschulen und am Oberstufenzentrum I - Technik Potsdam von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ (SPI) mit jeweils einer Projektleitung realisiert.

So wie das Potsdamer „Handlungskonzept Schulsozialarbeit“ eine stärkere Mitverantwortung der Schulen bei seiner Umsetzung vorsieht, fordert der Leiter des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie, Reinhold Tölke, auch eine stärkere Beteiligung des Landes am weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit. „Zur Absicherung des Erziehungs- und Bildungsauftrages von Schule steht das Land Brandenburg auch hinsichtlich des Unterstützungsangebotes Schulsozialarbeit stärker als bisher in der Pflicht“, sagte Reinhold Tölke deshalb auf dem kürzlich stattgefundenen Fachtag „Schulsozialarbeit in Brandenburg“.

MAR 14.07.2016

Sozialarbeiter für alle Potsdamer Schulen bis 2023

Potsdam. Die Schulsozialarbeit in Potsdam wird neu aufgestellt. Eine entsprechende Vereinbarung haben gestern Jugendamtsleiter Reinhold Tölke, Fachbereichsleiterin Bildung und Sport Petra Rademacher, Kerstin Niendorf, Leiterin des Staatlichen Schulamtes, Ike Borg vom Verein §13 e.V. und Stefan Zaborowski von der Stiftung SPI unterschrieben. Ziel ist es, an jeder Schule bis 2023 mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten. Im Ergebnis neuer Auswahlverfahren werden ab dem neuen Schuljahr statt der bisher neun nunmehr 15 Potsdamer Schulen das Jugendhilfeangebot Schulsozialarbeit erhalten.

Sozialarbeiter für alle Schulen

Bis zum Jahr 2023 soll es in Potsdam Schulsozialarbeiterstellen an allen staatlichen Schulen geben. Eine entsprechende Vereinbarung über die Sozialarbeit an staatlichen Potsdamer Schulen hat die Stadt am Mittwoch mit dem Schulamt, dem Verein Paragraph 13 und der Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“ geschlossen, teilte die Stadtverwaltung mit. Anfang September 2015 hatten die Stadtverordneten mit dem „Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe für die Landeshauptstadt Potsdam“ einen Neustart der Potsdamer Schulsozialarbeit beschlossen. Bei neuen Auswahlverfahren werden ab dem Schuljahr 2016/2017 statt der bisher neun nunmehr 15 Potsdamer Schulen das Jugendhilfeangebot Schulsozialarbeit erhalten. Jugendamtsleiter Reinhold Tölke forderte zugleich eine stärkere Beteiligung des Landes am Ausbau von Schulsozialarbeit.

MAR 14.07.2016